

Satzung zur Beteiligung der Einwohner*innen der Gemeinde Am Mellensee

(Einwohner*innenbeteiligungssatzung)

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee hat auf Grundlage § 28 Abs. 1 Ziffer 2 der der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, Nr. 19, S.286), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 (GVBl. I/20, Nr. 38, S. 2), und § 3 der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee vom 20.04.2021 hat in ihrer Sitzung am folgende Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Gemeinde (Einwohner*innenbeteiligungssatzung – EbetS) beschlossen:

I. Einwohnerbeteiligung

§ 1 Anwendungsbereich

- (1) Für die in der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee vom 20.04.2021, aufgeführten Formen der Einwohner*innenbeteiligung werden nachfolgend die Einzelheiten bestimmt.
- (2) Die Regelungen zum Einwohner*innenantrag (§ 14 BbgKVerf) sowie zum Bürger*innenbegehren/ Bürger*innenentscheid (§ 15 BbgKVerf) bleiben hiervon unberührt.

Kommentiert [BBGAM1]: Da es immer um die Einwohner geht kann man ja bitte hier die Altersgrenze (Wahlrecht ab 16 Jahre) unter den neuen Punkt 3 festlegen!

§ 2 Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner*innen

(–§ 4 der Hauptsatzung)

- (1) Die Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner*innen dienen deren Meinungsbildung und der Willensbildung.
- (2) Die Beschränkung der Unterrichtung oder der Beteiligung auf Teile der Einwohnerschaft ist statthaft.
- (3) Die Unterrichtung der Einwohner*innen ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

§ 3 Einwohner*innenfragestunde

(§ 4 Abs. 1 Nr. 1 der Hauptsatzung)

- (1) In den öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse sind alle Einwohner*innen berechtigt, Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung oder anderer Angelegenheiten der Gemeinde an die/den Bürgermeister*in und/oder die / den Vorsitzende(n) zu stellen sowie Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. Die / Der Vorsitzende hat das Recht, bei Bedarf Auskunft über die Identität der fragenden Person einzufordern.
- (2) Ausgeschlossen von Abs. 1 sind juristische Personen.
- (3) Die Dauer der Einwohner*innenfragestunde beträgt 30 Minuten. Jede/r Einwohner*in hat das Recht, sich zu drei Themen zu Wort zu melden. Die Redezeit soll drei Minuten nicht überschreiten.

Kommentiert [JK2]: Einwand BSK: BM ist Sprecher der inneren Verwaltung, Vors. GV Sprecher der GV, Fragen sind also an die Sprecher zu stellen. Die Worterteilung z.B. für den betroffenen Fachausschuss bzw. den Teamleiter erteilt nach GO der Vorsitzende der GV, somit ist die Beantwortung durch Mitglieder nicht ausgeschlossen, die Anfrage wird aber an die Gemeindevertretung als Gremium, also an den Vorsitzenden gestellt.

Kommentiert [JK3]: Für Sitzungsleitung wichtig, nicht nur Fragen sind zulässig!

Kommentiert [BBGAM4]: Insgesamt handelt es sich um eine Satzung für die Bewohner der Gemeinde, Daher sollte ein Rederecht nur für Einwohner gegeben sein, woraus die Frage nach der Person zwingend ist.

Kommentiert [BBGAM5]: Ist ein Hinweis auf die Zeitbeschränkung von 30 min. hier erforderlich?

- (4) Die Fragen sind mündlich oder schriftlich zu beantworten. Zuständig für die Beantwortung ist die/der Bürgermeister*in oder die/der Vorsitzende der Gemeindevertretung bzw. des jeweiligen Ausschusses.

§ 4 Einwohner*innenversammlung (§ 4 Abs. 1 Nr. 2 der Hauptsatzung)

- (1) Wichtige Angelegenheiten der Gemeinde sind mit deren Einwohner*innen zu erörtern. Die/Der Bürgermeister*in hat die Gemeindevertretung über relevante Themen frühzeitig und eingegangene Anträge umgehend zu informieren. Die Entscheidung, welche Angelegenheiten i.S. des ersten Satzes wichtig sind, obliegt der Gemeindevertretung.
- (2) Die/Der Bürgermeister*in beruft unter Angabe der Tagesordnung die Einwohner*innenversammlung ein. Über die Modalitäten (Terminwahl, Ort usw.) werden die Gemeindevertreter*innen im Vorab durch die/den Bürgermeister*in informiert.
- (3) Die Einwohner*innenversammlung kann regional auf bestimmte Einwohner*innen begrenzt werden.
- (4) Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Einwohner*innenversammlung entsprechend den Vorschriften für die Bekanntmachung der Sitzung der Gemeindevertretung.
- (5) Die/Der Bürgermeister*in oder ihr(e)/sein(e) Stellvertreter*in leitet die Einwohnerversammlung.
- (6) Alle Einwohner*innen haben in der Einwohnerversammlung Rederecht. Über die Einwohner*innenversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist von der/dem Sitzungsleiter*in zu unterzeichnen und der/dem Bürgermeister*in und den Mitgliedern der Gemeindevertretung zuzuleiten.

~~(7) Die Einwohnerschaft kann beantragen, dass eine Einwohnerversammlung durchgeführt wird. Der Antrag ist schriftlich an die/den Bürgermeister*in zu richten und die zu erörternde Gemeindeangelegenheit bezeichnen. Der Antrag darf nur Angelegenheiten angeben, die innerhalb der letzten zwölf Monate nicht bereits Gegenstand einer Einwohnerversammlung waren. Antragsberechtigt sind alle Einwohner*innen. Der Antrag muss von mindestens 5 von Hundert der Einwohner*innen der Gemeinde unterschrieben sein. Handelt es sich um eine nur einen Ortsteil betreffende Angelegenheit, so müssen für den Antrag mindestens 5 von Hundert Unterschriften der Einwohner*innen des Ortsteiles vorliegen. Die Einberufung einer Einwohnerversammlung auf Antrag ist statthaft. Es muss ein hinreichend bestimmter Antrag vorgelegt werden, wobei mindestens fünf vom Hundert der Einwohner*innen auf Unterschriftenlisten den Antrag so einbringen.~~

Kommentiert [JK6]: Einwand BSK: Die Übernahme des "Originaltextes" aus der BbgKVerf wird moniert. Der aufgeführte Text ist der nicht mehr gültigen Gemeindeordnung des Landes Brandenburg entnommen, nicht dem Gesetzestext. Dort heißt es im § 13 **Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner**

Die Gemeinde beteiligt und unterrichtet die betroffenen Einwohner in wichtigen Gemeindeangelegenheiten. Zu diesen Zwecken sollen Einwohnerfragestunden, Einwohnerversammlungen, Einwohnerbefragungen oder andere Formen kommunaler Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden. Die Formen der Einwohnerbeteiligung regelt die Hauptsatzung, Einzelheiten können auch in einer gesonderten Satzung geregelt werden.
Ein Kommentar stellt keine Rechtsverbindlichkeit her.

Kommentiert [BBGAM7]: Da entsprechend dem dritten Satz unter(1) die GV über den Status einer Angelegenheit entscheidet entsteht für die Verwaltungsspitze die Pflicht, alle Angelegenheiten an die GV zu übermitteln. Ist dies gewünscht? Ist dies dann für die GV beherrschbar? Wo liegt dann die Verantwortung des HVB?

Kommentiert [BBGAM8]: ??? anderer Begriff wünschenswert.

Kommentiert [BBGAM9]: Eine Einwohnerversammlung z. Bsp. in Ku-Gut wird dann in allen Ortsteilen im jeweiligen amtlichen Schaukasten ausgehangen????

Kommentiert [BBGAM10]: Die Entscheidung ob eine EiVer. stattfindet trifft die GV... warum wird diese dann nicht vom Vorsitzenden der GV geleitet, oder bei einem Thema den ortsteilbetreffend, durch den OV? Die Teilnahme des HVB ist aus meiner Sicht sowieso Pflicht.

Kommentiert [BBGAM11]: Siehe Anmerkung zu Punkt 5, weiterleiten vom HVB an den HVB und die GV???

Kommentiert [JK12]: Einwand Eilenberger: Teile der Gemeinde könnten dann auch die Einwohner einer Straße sein (wir haben Straßen mit 7 oder 8 Häusern), der Gesetzgeber sprach von größeren Gemeinden, bei denen auf Ortsteile beschränkt wird. Geklärt werden müsste hier, was unter "wichtigen Angelegenheiten der GEMEINDE" zu verstehen ist, die Zulässigkeit für einzelnen Straßen oder ggf. Personengruppen etc. und folglich die Anwendung der 5% Klausel auf den Kreis der Betroffenen wird nicht befürwortet.

§ 5 Einwohner*innenbefragung

(§ 4 Abs. 1 Nr. 3 der Hauptsatzung)

- (1) Die Gemeindevertretung kann in wichtigen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft eine Befragung der Einwohner*innen des gesamten Gemeindegebietes oder einzelner Orts- bzw. Gemeindeteile beschließen.
- (2) Teilnahmeberechtigt sind, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, alle Einwohner*innen der Gemeinde Am Mellensee, die am Befragungstag oder am letzten Tag des Befragungszeitraumes das 18. Lebensjahr vollendet haben.
- (3) Die Fragen sind so zu stellen, dass sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden können. Zulässig ist auch die Auswahl zwischen unterschiedlichen vorzugebenden Varianten.
- (4) Die konkrete Fragestellung, Zeit und Ort sowie das nähere Verfahren der Befragung werden durch die Gemeindevertretung jeweils durch gesonderten Beschluss (Durchführungsbeschluss) bestimmt und in der in § 13 der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee vom 20.04.2021 bestimmten Form öffentlich bekannt gemacht. Im Übrigen gelten die Vorschriften des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes und der Brandenburgischen Kommunalwahlverordnung in der jeweils aktuellen Fassung entsprechend, soweit nicht diese Satzung oder der Durchführungsbeschluss ausdrücklich abweichende Regelungen festlegen.
- (5) Die Leitung der Vorbereitung und Durchführung der Befragung sowie die Feststellung und öffentliche Bekanntgabe des Ergebnisses obliegt der/dem Wahlleiter*in der Gemeinde Am Mellensee.

§ 6 Einwohner*innenunterrichtung

- (1) Die/Der Bürgermeister*in unterrichtet die Einwohner*innen der Gemeinde Am Mellensee im Rahmen der öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung, unter dem Tagesordnungspunkt „Bericht des Bürgermeisters“ über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde.
- (2) Jede/Jedermann Einwohner*in hat das Recht, den schriftlichen Wortlaut der Drucksachen für die in der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung, des Hauptausschusses sowie der Fachausschüsse zu behandelnden Tagesordnungspunkte während der regulären Öffnungszeiten im Verwaltungsgebäude der Gemeinde Am Mellensee, Zossener Straße 21c (Ortsteil Klausdorf) vom Tag der öffentlichen Bekanntmachung der Tagesordnung bis zum Tag der betreffenden Sitzung einzusehen.

§ 7 Petitionen

(§ 16 BbgKVerf)

- (1) Jede/Jeder Einwohner*in hat das Recht sich in Angelegenheiten der Gemeinde mit Vorschlägen, Hinweisen oder Beschwerden einzeln oder gemeinschaftlich an die Gemeindevertretung oder die/den Bürgermeister*in zu wenden. Die/Der Einreicher*in ist innerhalb von vier Wochen über die

Kommentiert [JK13]: Einwand BSK: Öffnung für Personengruppen (Radfahrer, Eltern...), dem muss widersprochen werden, da
a) Auch als Nichtmitglied einer Personengruppe kann ich betroffen sein oder durch die Folgeentscheidung betroffen werden, also muss ich ein Mitspracherecht haben (z.B. Radwege: Ich bin kein Radfahrer, also nicht in der Gruppe, aber warum nicht? Bzw. Radfahrer wollen vor meiner Tür einen Radweg oder eine Gruppe vom 150 Radfahrern stimmt für ein Netz in der Gemeinde unter Verzicht auf Erschließungsbeiträge, aber 250 Nichtbefragte wollen von dem Geld lieber ein Kino oder eine Schwimmhalle bauen?
b) Die Teilnahme an Befragungen ist freiwillig, da sortieren sich die Gruppen von selbst.
c) Um belastbare Auswertungen und Statistiken , erstellen zu können, wird eine Bezugsgröße benötigt. Die Einwohnerzahl (auch je Ortsteil) haben wir.
d) Wenn die Befragung auf Gruppen beschränkt wird, wer überprüft die Zulässigkeit der Teilnahme?

Kommentiert [BBGAM14]: Wahlrecht im Land Brandenburg ist auf 16 Jahre festgesetzt und sollte auch hier gelten!

Kommentiert [JK15]: Einwand BSK: Die Beteiligung der KiJu regelt die Satzung ab § 8, dort sind alle Optionen enthalten.

Kommentiert [JK16]: Einwand BSK: offene Antworten
Die Regelung lehnt sich an die Vorgaben des Bürgerbegehrens und -entscheides an. Offene Fragen können nicht im Sinne von belastbaren Ergebnissen bewertet werden, daher sind sie nicht aufgeführt. Als ergänzende Informationsfelder an die Fragenden sind sie unschädlich, aber eben nicht im Rahmen einer rechtlichen Überprüfung der Zulässigkeit der Befragung oder der aus der Befragung resultierender Entscheidungen.
Da die Form der Befragung (Paper, online, per Türklingeln) nicht geregelt ist, stehen uns hier, unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorgaben alle Wege offen, eine Auflistung würde uns eher beschränken.

Stellungnahme zu den Vorschlägen, Hinweisen oder Beschwerden zu unterrichten. Ist dies nicht möglich, erhält sie/er einen Zwischenbescheid.

- (2) Petitionen an die Gemeindevertretung sind an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung zu richten. Der Vorsitzende unterrichtet die/den Bürgermeister*in über die eingegangene Petition. Liegt die inhaltliche Zuständigkeit bei der/dem Bürgermeister*in, hat die/der Vorsitzende ihr/ihm die Petition unverzüglich zur weiteren Bearbeitung zuzuleiten. Liegt die inhaltliche Zuständigkeit bei der Gemeindevertretung, bereitet der Hauptausschuss den Entscheidungsvorschlag für die Gemeindevertretung vor.
- (3) An die/den Bürgermeister*in gerichtete Petitionen werden von der/dem Bürgermeister*in bearbeitet. Sie/Er informiert die Gemeindevertretung in geeigneter Weise über den Eingang von Petitionen und veranlasst deren Bearbeitung. Die/Der Bürgermeister*in gibt der Gemeindevertretung die ergangenen Bescheide zur Kenntnis.

II. Kinder- und Jugendbeteiligung

§ 8 Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Am Mellensee

Der Begriff „Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Am Mellensee“ umfasst alle Kinder und Jugendlichen, die Einwohner*innen der Gemeinde sind und/oder ihren schulischen oder anderweitigen Ausbildungsaufenthalt hauptsächlich in der Gemeinde haben und das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Kommentiert [BBGAM17]: Siehe Anmerkung unter § 1

§ 9 – Mitwirkung von Kindern- und Jugendlichen

(§ 4 Abs. 2 der Hauptsatzung)

- (1) Die Kinder und Jugendlichen sind ~~vor~~zu Beginn eines Vorhabens, welches die Belange von Kindern und Jugendlichen berührt, in die Planung und Durchführung auf altersgerechter Weise mit einzubeziehen. Die Transparenz von Vorhaben ist zu gewährleisten und die Beteiligung in geeigneter Weise zu vermerken.
- (2) Die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen erfolgt auf der Grundlage des Beteiligungskonzept gemäß § 10 Abs. 2. als Information, Dialog, Mitbestimmung oder Selbstorganisation.
- (3) Zulässige Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Gemeinde Am Mellensee sind:

a Erwachsenenorientierte bzw. stellvertretende Formen

b Aushandlung und Alltagsbeteiligung

c Kinder- und Jugendvertretungen, Gremien und Versamlungsformen

d Projektorientierte Ansätze e Digitale Beteiligungsformen.

- (4) Die Gemeindevertretung entscheidet in Abstimmung mit der/dem Kinder- und Jugendbeauftragten und unter Berücksichtigung des Beteiligungskonzeptes, des betroffenen Personenkreises, des Beteiligungsgegenstandes und der mit der Beteiligung verfolgten Ziele, welche der geschaffenen Formen im Einzelfall zur Anwendung gelangt.

Kommentiert [BBGAM18]: Diese Begriffe verstehe ich kaum! Wie sollen das die betroffenen Kinder verstehen, oder fehlt mir da was?

Kommentiert [JK19]: Einwand BSK: Guter Hinweis!

- (5) Bundes- und landesrechtliche Regelungen bleiben unberührt.

§ 10 Aufgaben der/des Kinder- und Jugendbeauftragten (§ 5 der Hauptsatzung i.V.m. § 9 Abs. 3 Buchstabe a)

- (1) Die/Der Kinder- und Jugendbeauftragte ist Ansprechpartner*in für die Belange der Kinder und Jugendlichen der Gemeinde. Sie/Er informiert und berät zu den Bedürfnissen junger Menschen und zu Fragen der Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde. **Anliegen, die nicht innerhalb der Entscheidungskompetenz der jeweiligen Kinder- und Jugendeinrichtungen, Vereinen und sonstigen Struktur liegen, sind über den Kinder- und Jugendbeauftragten an die Gemeinde heranzutragen.**
- (2) Gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen der Gemeinde erarbeitet sie/er ein kommunales, stetig der Evaluierung unterliegendes Beteiligungskonzept, setzt sich für die Umsetzung ein und sorgt so dafür, dass Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Am Mellensee Verantwortung übernehmen können.
- (3) Über sie/ihn werden die Belange der Kinder und Jugendlichen in der Gemeindevertretung präsent (§ 9 Abs.3 Buchstabe a), soweit das Beteiligungskonzept nichts anderes vorsieht.
- (4) Die/Der Kinder- und Jugendbeauftragte sorgt für mehr Transparenz und Verständnis der Entscheidungen der Gemeindevertretung bei den jungen Einwohner*innen. **Unter ihrer/seiner Leitung soll daher mindestens pro Kalenderjahr eine Kinder_oder eine Jugend-Informationsversammlung durchgeführt werden, zu der die Kinder bzw. Jugendlichen der Gemeinde Am Mellensee in geeigneter Weise einzuladen sind. -**
- (5) Die/Der Kinder- und Jugendbeauftragte unterstützt den kontinuierlichen Kontakt der Gemeinde zur Kinder- und Jugendarbeit, zu den Vertreter*innen der Kinder- und Jugendarbeit und zu den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie/Er fördert die Zusammenarbeit von Personen, Gruppen und Initiativen, die für Kinder und Jugendliche tätig sind.
- (6) Sie/Er entwickelt, fördert und unterstützt eine gut ausgebaute Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit und trägt zu notwendigen und sinnvollen Angeboten für Kinder und Jugendliche bei.
- (7) **Die/Der Kinder- und Jugendbeauftragte bedient sich zur Erledigung seiner Aufgaben des bei der Gemeinde eingerichteten **Schulamtes**.**

Kommentiert [BBGAM20]: Anforderungen, Zuarbeiten durch das Schulamt, grundsätzlich nur über den HVB!

§ 11 Inkrafttreten

*Die vorstehende Einwohnerbeteiligungssatzung tritt am Tage **nach der Bekanntgabe in Kraft**, gleichzeitig tritt die Einwohnerbeteiligungssatzung vom 18.03.2009 außer Kraft.*

Kommentiert [BBGAM21]: „der Veröffentlichung im Amtsblatt der Gemeinde in Kraft“